



Friedrich Haag

Wohnungsbaupolitischer Sprecher
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

REDE

**anlässlich der Aktuellen Debatte
„Enteignungsforderungen entgegnetreten – für dauerhafte Investitionen
in der Wohnungswirtschaft“
am 3. Februar 2022 im Landtag von Baden-Württemberg**

Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Antrag der AfD-Fraktion ist mal wieder bezeichnend für ihre parlamentarische Arbeit. Ohne Sinn und Verstand wird versucht, etwas zu kritisieren, wozu es gar keinen Grund gibt. Die von der AfD angestoßene Debatte bringt uns nämlich nicht weiter. Wieder wird ein Problem angerissen, was einen hohen emotionalen Zündstoff bietet, ohne aber wirklich politische Relevanz zu haben.

Damit verfolgt die AfD weiter ihren populistischen Kurs und macht nochmals deutlich: Es geht ihr nicht um das Vorankommen in der Sache, sondern nur darum, Angst bei den Menschen zu schüren. Und das ohne Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Verstehen Sie mich nicht falsch: Enteignungen sind der größte Eingriff in das Eigentum, den es gibt und die Freiheit des Eigentums ist uns als Freie Demokraten ein hohes Anliegen. Allerdings sind solche erheblichen Eingriffe nur in bestimmten Fällen überhaupt verfassungsrechtlich möglich und werden niemals zur Regulierung der Wohnwirtschaft eingesetzt.

Ich beobachte zwar einen gefährlichen Trend in Deutschland, in dem Enteignungen zunehmend als probates Mittel der Marktregulierung eine gesellschaftliche Akzeptanz finden, Stichwort Berlin - und ja natürlich, da müssen wir entschieden dagegenhalten!

Nur: Die Landesregierung plant glücklicherweise keine solchen Eingriffe.

Enteignungen sind nämlich nicht nur teuer, sondern schrecken auch private Investoren ab, die wir gerade für den Wohnbau dringend benötigen. Deshalb begrüßen wir die Position von Ministerin Razavi, sich an geltendes Recht zu halten und Enteignungen nicht als Maßnahme zur Marktregulierung zu sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es ist vielmehr wichtiger, dass wir jetzt die wirklichen Probleme in der Wohnungspolitik angehen, um so den Menschen in unserem Land zu helfen.

Landtagsbüro
Haus des Landtags

✉ Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
☎ 0711 2063 9240
📠 0711 2063 149240

@ friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
🌐 www.friedrich-haag.de
f /haagfdp
📷 /haagfdp

Wahlkreisbüro
Stuttgart

✉ Weißenburgstraße 29
70180 Stuttgart
☎ 0711 9459 1111

Bauen und Wohnen hängt unmittelbar miteinander zusammen: Steigen die Baukosten, so steigen auch die Wohnkosten. Laut Statistischem Landesamt erhöhten sich die Preise für Bauleistungen im November gegenüber dem Vorjahresmonat um 14,5 Prozent.

Dafür gibt es drei ausschlaggebende Gründe:

Erstens: Fachkräftemangel.

Im aktuellen L-Bank-Wohnungsbau-Report nennen 43 Prozent der befragten Wohnungsbaufirmen den Fachkräftemangel als Hauptursache für die Kosten. Ein Problem, welches wir schon seit langem beobachten, und doch tut die Landesregierung nichts dagegen.

Wir sollten durch vielfältige qualifizierte Ausbildungsangebote, Stärkung der beruflichen Weiterbildung und Zuwanderung aus anderen Bundesländern und dem Ausland für den notwendigen Fachkräftenachwuchs sorgen.

Zweitens: Schleppende Genehmigungsverfahren und zu viel Bürokratie.

Der digitale Bauantrag ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die viel zu langen Bearbeitungszeiten auf den Ämtern verlangsamen und verteuern allerdings nach wie vor das Bauen und damit das Wohnen. Hier müssen wir schneller werden!

Schaffung von Wohnraum ist mit privaten Investoren und Vermietern möglich. Diese brauchen nachvollziehbare Regelungen und wenig Bürokratie. Wohnmarkt-Regulierungen wie beispielsweise die Mietpreisbremse oder das Umwandlungsverbot sind da kontraproduktiv.

Drittens: Zu wenig Nachverdichtung und Bauflächen.

Nach einer neuesten Studie der zwölf Planungsverbände im Land könnten in Baden-Württemberg 13 Prozent mehr Wohnungen entstehen, sogar ohne dass neue Flächen verbraucht würden. Dieses beachtliche Potenzial gilt es zu nutzen. Es muss ermöglicht werden, dichter und mehr in die Höhe zu bauen, um der großen Nachfrage ein angemessenes Angebot entgegenzustellen.

Auch bei den Bauflächen, die wir haben und erschließen, schadet der staatliche Eingriff nur. Stichwort Grundstücksfonds BW. Durch ihn werden private Investoren verdrängt. Es gibt ohnehin schon zu wenig Bauflächen, da brauchen wir nicht noch die Kommunen dazu befähigen, diese wegzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Es gibt mehr als genug zu tun!

In Baden-Württemberg werden jährlich ca. 20.000 Wohnungen zu wenig gebaut. Deshalb meine Dame und meine Herren der AfD: solch irrelevanten Anträge können Sie sich in Zukunft sparen. Damit ersparen Sie uns viel Zeit, die wir dringend benötigen, um eine Politik zu machen, die wirklich bei den Menschen ankommt und ihnen hilft und nicht in Angst versetzt.